



Frankfurter Allgemeine

SONNTAGSZEITUNG

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER

NICHT NUR SCHWESTER

Elena Bongartz will raus aus dem Schatten von David Garrett. *Leben*



STADT DER MASCHINEN

Zukunftsvisionen für das Leben von übermorgen. *Wohnen*



BIERMANN & KÜHNE

Der Liedermacher und der Milliardär waren in derselben Schulklass. *Wirtschaft*

DORIS DÖRRIE

Gegen die Regie-Machos! Eine Streitschrift. *Feuilleton*



Foto Karsten Thielker

Es fährt ein Zug nach Irgendwo

Mehr als die Hälfte der Bürger befürwortet kostenlosen Nahverkehr. Fünf Städte testen Gratistransport. Obdachlose winken ab

In Deutschland stößt die Idee eines kostenlosen Nahverkehrs auf unerwartete Begeisterung. Eigentlich war sie nur eine aus einer ganzen Liste von Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung die Europäische Kommission beschwichtigen möchte. Die droht Deutschland nämlich mit einem Vertragsverletzungsverfahren wegen dreckiger Luft. Berlin will daher Emissionen eindämmen und Fahrverbote wegen zu hoher Stickstoffdioxidwerte unbedingt vermeiden. Nach aktuellen Umfragen wünscht sich mehr als die Hälfte der Deutschen, dass alle Bürger den öffentlichen Nahverkehr kostenlos nutzen können. Aber auch mehr als vierzig Prozent sind dagegen. Zunächst soll die Idee vorübergehend in fünf Modellstädten ausprobiert werden. Auch diese Kommunen zeigen sich begeistert – obwohl sie der Vorschlag Anfang der Woche kalt erwischt.

Der Bonner Oberbürgermeister Ashok Sridharan von der CDU sagte dieser Zeitung: „Die Idee eines kostenlosen Nahverkehrs finde ich interessant.“ In Essen hält man den Vorschlag für „sehr

verlockend“. Reutlingen plant kostenfreie Angebote für Fahrer, die ihre alten Diesel verschrotten. Auch der Oberbürgermeister von Mannheim, Peter Kurz von der SPD, sagte dieser Zeitung: „Ich könnte mir vorstellen, Familien, die ihr Auto aufgeben, für zwei Jahre unentgeltliche Jahreskarten zu geben.“ Zusammen mit Herrenberg hat die Bundesregierung die vier Städte am vorigen Wochenende kurzfristig darüber informiert, dass sie als Test-Städte ausgewählt wurden. Manche Oberbürgermeister überraschten die Anrufe aus Berlin auf Karnevalsveranstaltungen. Die Städte wurden so ausgewählt, dass solche mit niedriger, mittlerer und höherer Stickstoffdioxidbelastung dabei sind.

Unabhängig von der derzeitigen Debatte gibt es nach Regierungsangaben seit Monaten einen „stetigen regen Austausch“ mit Städten über kostenlosen Nahverkehr. Allerdings sieht die Regierung diesen eher nicht als flächendeckende Lösung an, wie sie etwa im estnischen Tallinn existiert, sondern vielmehr als zeitlich und auch räumlich be-

grenzte Sofortmaßnahme, wenn irgendwo die Grenzwerte überschritten werden. „Wenn Kommunen sagen, wir haben Interesse, solche Modelle auszuprobieren, dann können sie sich jederzeit melden“, heißt es aus den beteiligten Ministerien. Aktuell erwägen etwa das hessische Hanau und der Mitteldeutsche Verkehrsverbund rund um Halle und Leipzig, die Tariffreiheit zu erproben.

Bad Reichenhaller hat das schon hinter sich. Vor zwei Jahren probierten die Stadtwerke, zu denen auch der Nahverkehrsbetrieb gehört, das unentgeltliche Fahren aus, im November und Dezember, bewusst in der Vorweihnachtszeit. „Es war super“, sagt Geschäftsführer Jörg Schmitt. „Deutlich mehr Leute nutzen die Busse. Und wir hatten danach in den ersten Monaten des neuen Jahres fünf Prozent mehr Fahrgäste.“ Allerdings war der Erfolg noch nicht nachhaltig. Der zweite Versuch soll zu Ostern starten in den beiden Ferienwochen. Eine Million Fahrgäste nutzen im Jahr die Nahverkehrsbusse auf drei Linien in der Stadt.

Auch das schwäbische Herrenberg hat schon Erfahrungen gesammelt, allerdings nicht mit einer kompletten Tariffreiheit. Dort kosten die Fahrkarten jetzt nur noch 1,80 statt 2,50 Euro. „Seit wir unser Stadtticket verbilligt anbieten, haben wir einen Fahrgastzuwachs von zwanzig Prozent“, sagt Oberbürgermeister Thomas Sprißler von den Freien Wählern. Wäre das Fahren kostenlos, käme die Stadt schnell an eine Kapazitätsgrenze. Wegen der vielen Pendler müssten zudem die Regionalbusse im Verkehrsverbund kostenlos angeboten werden. Ähnlich in Bonn; deshalb will Oberbürgermeister Sridharan auch bald mit den Verbundpartnern ins Gespräch kommen.

Nach Angaben der Bonner Stadtverwaltung könnte es „tatsächlich sein, dass wir in diesem Jahr schon loslegen, wenn zum Beispiel jeder, der sein Auto stilllegt, ein Jahresticket bekommt“. In den nächsten zwei Wochen wird es zunächst ein Treffen der fünf Modellstadt-Oberbürgermeister mit Regierungsvertretern in Bonn geben. Dann wollen die Stadt-

oberhäupter vor allem mehr über die Finanzierung erfahren. Dazu kann das Bundesfinanzministerium derzeit noch keinerlei Angaben machen. Das hänge von der konkreten Ausgestaltung der Pläne ab, heißt es dort. Mannheim nimmt derzeit achtzig Millionen Euro im Jahr mit den Tickets ein. Oberbürgermeister Kurz hält einen komplett kostenfreien Nahverkehr daher für nicht finanzierbar. In Reutlingen sind es zwölf bis 15 Millionen, in Essen gar hundert Millionen Euro. Auch müsse geklärt werden, wer die Kosten für zusätzliche Busse und Fahrer trägt, sagt der Bonner OB Sridharan. Er fände es gut, für die Mehrausgaben auch die Automobilindustrie in die Pflicht zu nehmen. Herrenbergs Oberbürgermeister Sprißler sagt: „Wenn der Bund kostenlosen ÖPNV testen möchte, muss er das auch bezahlen.“ Im Sinne von: „Wer bestellt, bezahlt.“

Aus Tübingen indes gibt es schon eine Idee, wie das zu finanzieren wäre: Bürgermeister Boris Palmer möchte gerne eine Abgabe zur Finanzierung des Nahverkehrs einführen, nur ist das der-

zeit noch nicht erlaubt. Aber das sind noch nicht alle Probleme. Kurz findet, es habe auch etwas mit Wertschätzung zu tun, dass Mobilität etwas koste. Er gibt zu bedenken, dass allein die Erstattung schon gekaufter Dauerkarten für die Verwaltung sehr aufwendig wäre. Auch die Frage, welche Auswirkungen der Gratistransport auf Studiengebühren hätte, die in vielen Bundesländern Jahresfahrtscheine einschließen, ist nicht geklärt.

Eine Entlastung für den öffentlichen Haushalt würde sich hingegen an anderer Stelle aufun: Derzeit sitzen Hunderte Straftäter nur wegen Schwarzfahrens in Haft. Das kostet den Staat viel Geld. Kostenloser Nahverkehr könnte der schwelenden Debatte über die Entkriminalisierung des Schwarzfahrens ein Ende setzen. Eine Sorge, die mancherorts aufgekommen ist, scheint jedoch unbegründet. Obdachlose haben einen stichprobenartigen Nachfrage am Frankfurter Hauptbahnhof zufolge nicht vor, tageweise in S- oder U-Bahn-Züge umzuziehen. *chv/fjf/F.P./born. Wirtschaft*

Die Türkei will weiter Ohrfeigen verteilen

Misstrauen, schräge Vergleiche und neue Angebote bei der Münchner Sicherheitskonferenz

Der türkische Ministerpräsident Yildirim hat Kritik aus der Nato am militärischen Vorgehen Ankaras im kurdischen Nordsyrien zurückgewiesen. Auf die Frage nach der Drohung von Präsident Erdogan, amerikanischen Soldaten in diesem Konflikt eine „osmanische Ohrfeige“ zu verpassen, sagte er: „Es ist egal, ob es in Syrien oder im Irak ist – wenn es dort terroristische Aktionen gibt gegen unser Land, dann ist es doch klar, dass wir hier die stärkstmögliche Ohrfeige geben würden.“

Yildirim sprach am Samstag bei der Münchner Sicherheitskonferenz, wo auch der russische Außenminister Lawrow auftrat. Lawrow zog dort einen Vergleich zur berüchtigten Münchner Konferenz von 1938 und äußerte, es werde „teilweise“ versucht, die Nazis zu rehabi-

litieren. Diese hätten am Vorabend des Zweiten Weltkriegs behauptet, das Ziel zu verfolgen, Russland aus Europa zu verdrängen. Weiter sagte Lawrow, in den neunziger Jahren sei Moskau wie ein Schüler behandelt worden. Heute werde von einer Bedrohung durch Moskau gesprochen. Der russische Außenminister beklagte sich über mangelnden Respekt des Westens für sein Land.

Amerikanische Vorwürfe wegen Einmischung in die Präsidentenwahl 2016 bezeichnete Lawrow als „Geschwätz“. Der Nationale Sicherheitsberater von Präsident Trump, McMaster, bekräftigte hingegen den Vorwurf. In Washington gebe es zwar derzeit eine parteipolitische Polarisierung. Wenn es allerdings um Sanktionen gegen Russland gehe, sei der Kongress geeint. Weiter verteidigte McMas-

ter in München die geplante Entwicklung kleinerer Atomwaffen. „Wir wollen die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen damit nicht senken, sondern erhöhen“, sagte er. Dies sei eine Reaktion darauf, dass Russland gegen den INF-Abrüstungsvertrag verstoße. Der deutsche Außenminister Gabriel sprach sich für einen schrittweisen Abbau der EU-Sanktionen gegen Russland aus. „Ich weiß, dass die offizielle Position eine andere ist“, sagte Gabriel, auch mit Blick auf Bundeskanzlerin Merkel. Er unterstütze den Vorschlag von Präsident Putin, einen Waffenstillstand über einen UN-Blauhelm Einsatz zu sichern. „Wenn uns das gelingt, dann müssen wir beginnen, schrittweise Sanktionen abzubauen.“

Die britische Premierministerin May machte unterdessen deutlich, dass Lon-

don nach dem Brexit möglichst weitgehend in den Sicherheitsstrukturen der Europäischen Union bleiben wolle. Ihr Land bleibe auch nach dem Austritt aus der EU der europäischen Sicherheit verpflichtet. May sagte, Großbritannien wolle ein Sicherheitsabkommen mit der EU schließen, das die Teilnahme an europäischen Behörden wie Europol weiter gestatte. Außerdem wolle ihre Regierung sich an den neuen Verabredungen für mehr militärische Kooperation in Europa beteiligen, die unter deutsch-französischer Führung gerade entstehen. Das gelte etwa für den Verteidigungsfonds, aber auch für die Teilnahme an Militärmissionen. Allerdings müsse London dann auch eine Mitwirkung an der Planung der Missionen gewährt werden. *Lt./sat.*

Angriff mit Giftgas in Afrin?

In der kurdischen Region Afrin in Nordsyrien sollen bei einem Giftgasangriff der türkischen Armee und ihrer Verbündeten sechs Menschen verletzt worden sein. Diese hätten durch die Einwirkung eines nicht näher bestimmten Gases Atembeschwerden und erweiterte Pupillen bekommen, berichtete die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte am Samstag. Der mutmaßliche Angriff habe sich am Freitag in dem Ort Scheich Hadid westlich der Stadt Afrin ereignet. Die staatliche syrische Nachrichtenagentur Sana warf der türkischen Armee vor, Granaten mit Giftgas eingesetzt zu haben. Die türkische Armee wies die Vorwürfe zurück. Man benutze keine Materialien, die unter internationalem Recht geächtet seien, hieß es in einer Stellungnahme. Die Türkei geht seit fast vier Wochen gegen die Kurdenmiliz YPG in Nordsyrien vor. *dpa*

Übermüdung wirkt wie Alkohol

Wer eine schlaflose Nacht hinter sich hat, ist so unkonzentriert, als hätte er ein paar Bier intus. Das bestätigt der Schlafmediziner Ingo Fietze von der Berliner Charité in einem Gespräch mit der F.A.S. Versuchspersonen, die übermäßig seien, schnitten in Konzentrations- und Reaktionstests nicht besser ab als Probanden mit einem Promille Alkohol im Blut. Neben der Fähigkeit, sich zu konzentrieren, sei bei Schlafentzug auch die Geschicklichkeit herabgesetzt, außerdem seien Genauigkeit, Gedächtnis, Frustrationstoleranz und Risikobewusstsein beeinträchtigt. Wer also übermäßig arbeitet – etwa Politiker, die Marathon-Verhandlungen führen –, hat damit zu kämpfen. Fietze sagt, Übermüdung stelle sich bei Schlafmangel bei allen Menschen ein. Individuelle Unterschiede gebe es nur in der Fähigkeit, Müdigkeit zu unterdrücken. *UvR Wissenschaft*



MANN DER ZUKUNFT

Was hat LeBron James vor? Wechselt er zu den Lakers?

Sport

VULVA, VAGINA, OVAR

Einfach alles über den weiblichen Unterleib.

Wissenschaft

KATARINA WITT

Wie sie Trump mal eine Abfuhr erteilte.

Feuilleton



Fotos AFP, dpa, Andreas Pein, People Picture, Lucas Wahl (2).

Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00
Im Internet: www.faz.net/meinabo
Abo-Bestellung: (0 69) 75 91-33 59
Im Internet: www.faz.net/abo

Belgien, Luxemburg, Niederlande, Österreich 4,50 € •
Malta 4,40 € • Balesaren, Frankreich, Italien, Portugal
(Cont.), Spanien 5,00 € • Griechenland, Kanada 5,10 € •
Großbritannien 4,00 € • Schweiz 5,50 sfrs • Ungarn 1190 Ft



4 190349 904209